

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 05 | 31.7.2025

Haushaltsberatungen in der Sommerpause Zudem: der Haushaltsentwurf 2026 setzt Prioritäten

Liebe Leserin, lieber Leser,

„eigentlich“ ist Sommerpause; „eigentlich“ erholen sich Abgeordnete und Mitarbeiter vom Stress der letzten Sitzungswochen.

Aber für Haushälter gilt dieses „eigentlich“ heuer nicht: es gibt zu viel zu beraten und zu beschließen. Die beiden Bundeshaushalte 2025 und 2026 müssen bis zum Herbst debattiert und verabschiedet werden. Jeder „Einzelplan“ (so heißen die Haushalte der einzelnen Ministerien) wird im Detail von den zuständigen „Berichterstatern“ – zusammen mit dem jeweiligen Minister bzw. der Ministerin – gründlich vorbereitet und dann im Haushaltsausschuss ebenso gründlich diskutiert.

Ich war mit meinen beiden Einzelplänen am heutigen Donnerstag an der Reihe.

Zunächst ging es um den Haushalt des Auswärtigen Amtes, **Einzelplan 05**.

Und auch wenn der Bundesaußenminister Johann Wadepful von der CDU kommt, heißt das nicht, daß ich sein Ministerium weniger streng beurteile, als es nötig ist.

Eine schier unübersichtliche Zahl an Zuwendungsempfängern, große Probleme mit den Hunderten Liegenschaften (Botschaften, Konsulate, Schulen, Residenzen, etc.) – im Auswärtigen Amt wird sich einiges ändern müssen, damit es zukunftsfähig bleibt.

Gleiches gilt für den **Einzelplan 23** – das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Hier bemängelte ich die starke Verbindung der aktuellen Haushaltsmittel durch sogenannte „Verpflichtungsermächtigungen“, das sind finanzielle Zusagen für kommende Haushaltsjahre, bei

mehrjährigen Projekten. Und auch hier hapert es bei der Transparenz der Haushaltsmittel: wer bekommt wieviel aus welchen Fördertöpfen – und wofür? Das werden noch dicke Bretter, die ich bohren muss!



Parallel dazu haben wir bereits mit den Arbeiten am Haushalt 2026 begonnen

Am Mittwoch wurde der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2026 und die Finanzplanung bis 2029 im Bundeskabinett beschlossen. Gerade einmal fünf Wochen nach dem Kabinettsbeschluss für den Haushalt 2025 und zwölf Wochen seit dem Start der Regierung stellen wir nun-mehr den zweiten Haushalt auf.

Er soll die Grundlage für mehr Wachstum und Gerechtigkeit in unserem Land bilden.

Im Bundeshaushalt 2026 sind erneut Rekordinvestitionen vorgesehen, die Wachstum, Beschäftigung und Reformen anschieben und den Investitionsstau in Deutschland auflösen. Damit setzen wir den mit dem Bundeshaushalt 2025 eingeschlagenen Weg in die Modernisierung unseres Landes konsequent fort. Diese Mittel werden auch zu Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger führen.

Gleichzeitig stehen wir in den kommenden Jahren vor großen finanziellen Herausforderungen. Das Sondervermögen von 500 Milliarden Euro sichert hohe Investitionen in den kommenden Jahren.

Es darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, wie die Lage im „normalen“ Kernhaushalt ist: Die schwache wirtschaftliche Lage und viele Herausforderungen im Inland und Ausland machen es sehr schwer, den normalen Kernhaushalt in Zukunft auszugleichen. Es ist eine sehr große Herausforderung, mit den vorhergesagten Einnahmen ab 2027 alle bisher geplanten Ausgaben leisten zu können – und dabei die Regeln der Schuldenbremse einzuhalten. Das kann nur durch mehr Wachstum und höhere Einnahmen sowie vor allem eine entschlossene Konsolidierung gelingen. **Das ist eine zentrale Aufgabe mit Blick auf die kommenden Jahre.**

1. Wachstum und Gerechtigkeit: Investitionen von Schule bis Schiene

Aus den Mitteln des neuen Sondervermögens, dem Klima- und Transformationsfonds sowie dem eigentlichen Kernhaushalt werden im Jahr 2026 insgesamt über 126 Milliarden Euro für Investitionen bereitgestellt. Das sind rund 52 Milliarden mehr als im Jahr 2024. Mit diesen Mitteln gilt es konkrete Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

• Investitionen in Bildung und die Zukunft

Eine gute Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur ist wesentlich für die Chancengleichheit aller Kinder. Sie ist auch zentral für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die nötige Erhöhung der Erwerbstätigkeit in unserem Land. Mit dem Bundeshaushalt 2026 werden die Länder und Kommunen massiv bei der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur unterstützt.

Wichtige Maßnahmen dabei sind Finanzhilfen für die die Bildungs-, Betreuungs-, Hochschul- und Wissenschaftsinfrastruktur und Kitas von jährlich 1 Milliarde aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität.

Für die Fortsetzung des Kita-Qualitätsgesetzes gewährt der Bund den Ländern weitere rund 2 Milliarden Euro im kommenden Jahr über einen höheren Steueranteil für die Länder.

Den schnelleren Ganztagsausbau unterstützt der Bund mit insgesamt 3,5 Milliarden Euro.

Für eine bessere digitale Ausstattung der Schulen wird der Digitalpakt fortgeführt. Der Bund wird sich mit 2,25 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen beteiligen.

Zusätzlich werden noch insgesamt 250 Millionen Euro für das Programm „Digitales Lehren und Lernen“ bereitgestellt.

- **Mehr und bezahlbarer Wohnraum**

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine der größten Aufgaben der kommenden Jahre. Mit dem bereits beschlossenen Wohnungsbau-Turbo haben wir den Grundstein dafür gelegt, mehr und schneller zu bauen. Auch finanziell baut der Bund seine Unterstützung aus.

Für 2026 sind für den sozialen Wohnungsbau vom Bund 4 Milliarden Euro Programmmittel vorgesehen, 500 Millionen mehr als bisher geplant. Damit unterstützen wir mehr bezahlbaren Wohnraum insbesondere für Menschen mit geringen Einkommen.

Im neuen Sondervermögen sind allein für 2026 2,7 Milliarden Euro Programmmittel für Neubau- und Sanierungsprogramme vorgesehen. Für die Stärkung von Innenstädten und Ortszentren unterstützt der Bund 2026 die Städtebauförderung darüber hinaus mit 1 Milliarde Euro Programmmitteln.

- **Investitionen in Schiene und Straße**

Beim täglichen Weg zur Arbeit wird klar, besonders bei Schienen und Straßen besteht ein immenser Investitionsstau. Die Bürgerinnen und Bürger müssen deshalb spüren, dass Schlaglöcher beseitigt werden, die Brücken sicher sind und die Bahn pünktlicher kommt. Dafür investieren wir von 2025 bis 2029 insgesamt rund 166 Milliarden Euro in die Verkehrsinfrastruktur. 2026 alleine sind es rund 34 Milliarden Euro für Schiene, Straßen und Wasserstraßen. Das sind rund 7 Milliarden Euro mehr als 2024.



Jetzt wird es darum gehen, diese hohen Milliardensummen auch so effizient wie möglich und so schnell wie möglich umsetzen.

- **Investitionen in die Digitalisierung**

In vielen Bereichen des täglichen Lebens wird klar, bei der Digitalisierung müssen wir schneller vorankommen. Mit dem neuen Digitalministerium setzt die Bundesregierung hier ein deutliches Zeichen. Massive Investitionen in die digitale Infrastruktur sind geplant und sollen mit den neuen Strukturen deutlich schneller und effizienter abfließen können. Aus dem Sondervermögen sind für 2026 Investitionen von 8,5 Milliarden Euro für die Digitalisierung vorgesehen, zum Beispiel für den Breitbandausbau.

- **Investitionen in die klimaneutrale Zukunft Deutschlands**

Der Umbau zu klimafreundlicher Technologie bleibt eine unserer Kernaufgaben. Der Klima- und Transformationsfonds bündelt diese Investitionen, etwa für Klimaschutz im Gebäudebereich, klimafreundliche Mobilität, klimafreundliche Energie und Entlastung bei den Energiekosten für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen. Alleine 2026 sind rund 36 Milliarden Euro für die Programmausgaben des Klima- und Transformationsfonds vorgesehen.

- **Investitionen in die äußere und innere Sicherheit**

In einer veränderten internationalen Sicherheitsordnung müssen wir dauerhaft mehr in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger investieren. Deshalb werden die Verteidigungsausgaben in den kommenden Jahren weiter steigen. Dabei ermöglicht die im Grundgesetz vereinbarte Bereichsausnahme Verteidigung die Finanzierung dieser Ausgaben. Auch die Anzahl der Soldatinnen und Soldaten erhöhen wir. Die Unterstützung der Ukraine wird auch in den künftigen Haushalten sichergestellt und auf hohem Niveau fortgeführt.

Sicherheitspolitik besteht nicht nur aus militärischer Stärke, sondern auch aus präventiver Sicherheitspolitik. Trotz nötiger Einsparungen wird Deutschland weltweit der größte Geldgeber im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit bleiben.

Für die innere Sicherheit werden 2026 weitere 1 000 neue Stellen für die Bundespolizei und weitere 1 000 Stellen beim Zoll geschaffen. Insgesamt sind für den Bereich Innere Sicherheit rund 1,4 Milliarden Euro mehr vorgesehen als im bisherigen Finanzplan.

- **Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern**

Trotz enger finanzieller Spielräume des Bundeshaushalts – außerhalb des neuen Sondervermögens – bringt die Bundesregierung Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger auf den Weg. Das betrifft zum Beispiel: 1) Entlastungen bei den Energiekosten in einem ersten Schritt, durch den in der Kombination verschiedener Maßnahmen eine vierköpfige Familie um bis zu 100 Euro im Jahr entlastet wird, 2) eine Sicherung des Rentenniveaus durch Verlängerung der Haltelinie bis 2031, 3) die Fortführung des Deutschlandtickets, 4) eine erhöhte Pendlerpauschale, 5) eine geringere Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie und 6) Hilfen für von Altschulden besonders betroffene Kommunen.

Darüber hinaus führen verschiedene Maßnahmen des Bundes zur Dämpfung von Beitragssatzsteigerungen und somit stabileren Sozialabgaben von Beschäftigten.



2. Reformen für mehr Wachstum und einen starken Wirtschaftsstandort

Der Entwurf zum Bundeshaushalt 2026 und die Finanzplanung bis 2029 schaffen die Grundlage für mehr Wachstum in Deutschland. Mit öffentlichen Investitionen und konkreten Anreizen für private Investitionen ermöglichen wir, dass die Richtung wieder stimmt, Unternehmen aus der ganzen Welt in Deutschland investieren, Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden. Davon profitieren wir alle, denn wir stärken dadurch auch den Sozialstaat und sozialen Zusammenhalt.

Bereits seit Juli 2025 ist der **Wachstumsbooster** in Kraft. Die Bundesregierung hat die Rahmenbedingungen für Unternehmen deutlich verbessert und es erleichtert, in den Standort Deutschland zu investieren.

Mit der Superabschreibung werden Investitionen deutlich attraktiver, darüber hinaus fördert der Bund Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie den Kauf von E-Autos zusätzlich. Ab 2028 wird außerdem schrittweise die Körperschaftsteuer gesenkt. Der Wachstumsbooster soll zum Beschäftigungsbooster werden, Arbeitsplätze sichern und neue Arbeitsplätze schaffen.

Darüber hinaus schaffen wir **Anreize, damit die Erwerbstätigkeit steigt** und der große Fachkräftebedarf in unserem Land erfüllt werden kann, eine entscheidende Voraussetzung für mehr Wachstum in der Zukunft. Wir werden daher für die Eingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt ab dem Jahr 2026 zusätzlich 1 Milliarde Euro jährlich an Eingliederungsmitteln zur Verfügung stellen. Die Umsetzung der Aktivrente macht es für Rentnerinnen und Rentner attraktiver, beruflich aktiv zu bleiben. Für die damit einhergehenden Steuermindereinnahmen haben wir eine Vorsorge ab 2026 von rund 1 Milliarde Euro getroffen. Auch die zusätzlichen Investitionen in die Betreuung können zu mehr Erwerbstätigkeit führen.

Damit wir das Ziel höheren Wachstums und Beschäftigung erreichen, muss es uns in Deutschland gelingen, schneller und einfacher zu werden. Das heißt **Bürokratie abzubauen, Verfahren zu vereinfachen**, damit vor allem auch Investitionen schneller gelingen. Der bereits beschlossene Bauturbo sowie das vor kurzem im Kabinett verabschiedete Paket für schnellere Beschaffungen der Bundeswehr sind positive Beispiele. Die gesamte Bundesregierung ist gefordert, dies als Schwerpunkt zu verstehen.

Zusätzlich hat sich die Bundesregierung auf verschiedene **Kommissionen und Arbeitsprozesse** verständigt, die zum Beispiel im Bereich der Modernisierung des Staates und der Sozialversicherungen zu **strukturellen Reformen** führen werden.

3. Konsolidierung: effiziente Mittelverwendung gewährleisten!

Es ist ein gutes Zeichen, dass es der Bundesregierung gelungen ist, innerhalb kürzester Zeit zwei solide Haushalte auf den Weg zu bringen. In sehr konstruktiven Gesprächen mit den Bundesministerinnen und Bundesministern ist es dem Bundesfinanzminister gelungen, die Vorschläge der Ressorts mit den finanziellen Möglichkeiten zusammen zu bringen.

Gleichzeitig steigt im Haushalt 2026 die Neuverschuldung (inklusive Bereichsausnahme) auf 89 Milliarden Euro. Das ist eine hohe Summe, die angesichts der Herausforderungen, vor denen wir stehen, aber auch gerechtfertigt ist. Nicht zu handeln kann sich Deutschland nicht leisten. Wir brauchen starkes Wachstum und gute Arbeitsplätze und eine funktionierende Infrastruktur. Auch für langfristig stabile Finanzen. Dafür nehmen wir jetzt die nötigen Mittel in die Hand.

Spätestens der Blick auf das Jahr 2027 verdeutlicht jedoch auch die **große Konsolidierungsaufgabe**, vor der die Bundesregierung steht. Es gilt, einen Handlungsbedarf von 34 Milliarden Euro in 2027 aufzulösen. Das ist eine Kraftanstrengung, vor der die gesamte Bundesregierung, vor der jedes Ressort steht.

Der wesentliche Ansatz zur strukturellen Konsolidierung des Bundeshaushaltes besteht weiterhin in der **Wachstumsstärkung**. So kann die Schuldenragfähigkeit trotz höherer Neuverschuldung gesichert werden. Hinzu kommen **Konsolidierungsmaßnahmen**. Erste Schritte, etwa beim Personal, den Verwaltungsausgaben und Förderprogrammen sind bereits umgesetzt. Außerdem wird es viel stärker als bisher darum gehen müssen, alle Ausgaben auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung eine **konsequente Aufgabenkritik** vornehmen und Maßnahmen strikt an den politischen und strategischen Zielen und deren Wirkungen ausrichten. Hierzu hat die Bundesregierung mit dem Haushalt 2026 in klarem Bekenntnis beschlossen. Zudem werden die **Ergebnisse der verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen** auch einen wichtigen Beitrag für die Konsolidierung des Bundeshaushaltes liefern. Schließlich wird es bei der Konsolidierung aber auch um vielfältige Einzelmaßnahmen gehen. **Alle Bundesministerien** müssen dabei konkrete Potenziale in eigener Zuständigkeit identifizieren und **Prioritäten setzen**.

Dass die Konsolidierung nicht auf Kosten von Investitionen und damit des Wachstums gehen wird, ist mit dem Sondervermögen für die nächsten Jahre sichergestellt. Auch im Kernhaushalt werden wir eine Investitionsquote von mindestens 10 Prozent jährlich dauerhaft sicherstellen.